

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Telegraphen-Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 20. Juli 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Telegraphen-Nr. 11753-54.

Bezugspreis:

Bezugspreis: Einmalig 10.-, monatlich 1.00.-, vierteljährlich 3.00.-, halbjährlich 6.00.-, jährlich 12.00.-

Telegraphen-Nr.

„Sozialdemokrat Berlin“

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Komposition kostet 10 Pfennig pro Zeile für den ersten Tag, 8 Pfennig für den zweiten Tag, 6 Pfennig für den dritten Tag...

Simons über Spa.

Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons hielt heute mittig in der Versammlung einen Vortrag über die Ergebnisse der Konferenz von Spa.

Seine außerordentlich klaren Ausführungen gaben ein zusammenfassendes Bild über den Verhandlungsstand in den zwei Hauptfragen, die in Spa zur Erörterung kamen, in der Entwaffnungs- und der Kohlenfrage.

Besonders wichtig ist seine Mitteilung gewesen, daß die Reichsregierung sich in dem gestern stattgefundenen Kabinettsrat auf den Standpunkt der deutschen Delegation gestellt hat. Damit ist die vielfach erörterte Frage, ob eine Kabinettskrise infolge der Unterzeichnung der beiden Protokolle zu erwarten sei, einstweilen im negativen Sinne beantwortet.

Sehr interessant war auch die Erklärung Simons', daß er ursprünglich auf Grund der Angaben der Sachverständigen die Unterzeichnung des Kohlenabkommens für unmöglich hielt, daß er aber nachträglich Zweifel über die unbedingte Nichtigkeit dieser Sachverständigen-Gutachten bekam, als ihm erstens die Möglichkeit einer stärkeren Braunkohlenproduktion und zweitens einer krasserer Steinkohlenverteilung nachgewiesen wurde.

Es ist nämlich festgestellt worden, daß die Verteilung der Kohlen durch die Zentralstelle nicht ganz einwandfrei vor sich geht und daß Schwierigkeiten hinter dem Rücken des Kohlenkommissars bisher an der Tagesordnung waren.

Das Kabinett hat demgemäß in seiner gestrigen Sitzung eine schärfere Neuorganisation der Kohlenförderung und der Kohlenverteilung beschlossen. Die Regierung hofft nun, das Kohlenabkommen ohne gar zu schwere Schädigungen der deutschen Industrie dank dieser Maßnahmen einhalten zu können.

Was die Militärfragen anbelangt, so waren sie, nach dem Wort Simons, „so verfahren“, daß irgendein Widerstand gegen die Forderungen der Alliierten, die auf dem Recht des Friedensvertrages beruhen, aussichtslos war. Wir können die Zugeständnisse um so mehr als einen gewissen Erfolg auffassen, als ja der 10. Juli laut Friedensvertrag der Termin gewesen wäre, zu dem sowohl die Reichswehr auf 100 000 Mann hätte herabgesetzt, wie auch die neutrale Zone hätte geräumt werden müssen.

Ueber die Neuorganisation unserer Wehrmacht, meinte der Minister, müssen wir uns mit den Alliierten offen verhalten und dazu müssen wir ihr Vertrauen gewinnen, wozu wir in den sechs kommenden Monaten reichlich Gelegenheit haben werden.

Im Anschluß daran stellte der Minister die merkwürdige Behauptung auf, daß die bisherigen Regierungen sich nicht deutlich genug auf den Standpunkt der Erfüllung des Friedensvertrages gestellt hätten. Erst die Programmklärung Fehrenbachs habe dies mit genügender Deutlichkeit getan (?).

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Von Philipp Scheidemann.

In einer Reichstagsrede habe ich mich am 28. Juni d. J. auch mit der Frage beschäftigt, wie gegen die Arbeitslosigkeit am zweckmäßigsten, vielleicht auch mit neuen Mitteln, angeknüpft werden könnte.

Es muß versucht werden, daß Reich, Gliedstaaten und Gemeinden, anstatt sich durch die Zahlung von Erwerbslosenunterstützungen immer mehr zu belasten, die Entlassungen von Arbeitern im besonderen Fall auch dadurch zu verhüten, daß sie als Abnehmer der Fabrikate auftreten. In manchen Industrien dürfte das ohne weiteres möglich sein. Jede Stunde der Arbeitslosigkeit ist unwiederbringlich verloren, ist ein unersehlicher Verlust für das ganze Volk.

Schneller als ich selbst es erwartet hatte, wurde ich praktisch vor die Frage gestellt, die ich im Reichstag erörtert hatte. Vierundzwanzig Stunden nach meiner Rede in Berlin empfing ich in Cassel den Betriebsrat einer großen Schuhfabrik. Die Arbeiter setzten mir auseinander, daß in dem von ihnen vertretenen Betrieb bereits fünfzig Arbeiter entlassen wurden, daß der Rest von etwa 200 Arbeitern zurzeit — gegen Weiterzahlung des Lohnes — beurlaubt sei, aber unmittelbar vor der Kündigung stünde, weil der Betrieb, als unrentabel, zur Stilllegung kommen sollte. 200 und mehr Arbeiter aus einem einzigen Betrieb, das heißt — Weib und Kind mitgerechnet — rund 800 bis 1000 Menschen die Existenzgrundlage nehmen, den Mann noch unzufriedener, die Frau noch unglücklicher machen.

Ich verhandelte sofort mit der Firma. Dabei stellte es sich heraus, daß sie einen Lagerbestand im Werte von etwa 4 Millionen Mark hatte. Wenn sie weiter arbeiten sollte, war mindestens ein teilweiser Umsatz des eigenen Warenkapitals erforderlich. Die Finanzpraktik von Bankkredit stellte sich als unzulänglich heraus; die Firma verhielt sich vollkommen ablehnend. Weiterbetrieb hieß für die Firma: Ankauf von Leder, unrentable Produktion und monatelange andere, was ein kapitalistisches Unternehmen nicht mag. Dagegen bedeutete Stillstand des Betriebes in diesem Fall für die Firma gar keinen Verlust, denn bis zum Herbst werden die Schuhwaren wieder im Preise steigen und zwar so, daß der entgangene Verlust aus der unterbrochenen Produktion mehr als ausgeglichen wird.

Vom kapitalistischen Standpunkt aus ist das alles richtig gesehen, denn daß die Schuhwaren im Preise nicht weiter sinken werden, nachdem die Güter wieder erheblich teurer geworden sind, ist gewiß richtig. — Die Verhandlungen führten schließlich zu folgendem Abkommen: die Stadt übernimmt für die Gesamtsumme von 800 000 M. 6000 Paar Schuhe für Männer, Frauen und Kinder, die Firma wird sofort ausgezahlt, beschafft sich mit eigenem Kapital Leder und produziert weiter wie in letzter Zeit — 4 Tage wöchentlich.

Das Gewerkschaftskartell und die Konsumgenossenschaft haben den Schuhverkauf übernommen; die mit der Entlassung bedrohten Arbeiter schaffen weiter.

Selbstverständlich ging nicht alles so glatt, wie es hier auf dem Papiere steht. Manderlei Geminnisse mußten überwunden werden, bevor der Verkauf beginnen konnte. Zunächst Besprechung mit dem Betriebsrat, dann Aussprache mit erfahrenen Beamten der städtischen Verwaltung, Verhandlungen mit den Organisationen, Beratung und Beschlußfassung durch den Magistrat usw.

Erleichtert wurde uns die Übernahme des großen Risikos durch die Gewißheit, daß es sich um ein ganz hervorragendes Produkt einer ersten, im Reich und darüber hinaus bekannten Firma handelte und daß diese, selbst bestrebt, die sozial bedeutsame Frage zu einer befriedigenden Lösung bringen zu helfen, die Schuhe weit unter den Selbstkosten vergab. Die Schuhe wurden je nach Qualität zum Preise von 49 bis 175 M. verkauft.

Der Schuhverkauf hatte sofort einen geradezu enormen Zulauf, aber auch noch die weitere Folge, daß die Schuhwarenpreise in fast allen Fachgeschäften der Stadt wesentlich gesenkt wurden. Gegen eine irrtümliche Auffassung mancher kleiner Geschäftsleute mußten wir uns von vornherein verwahren. Merkwürdigerweise haben diese in unserem Eingreifen eine Hilfsaktion für einen großen Fabrikanten, sogen aus dieser falschen Voraussetzung natürlich falsche Schlüsse und sprachen sogar von einem Boykott, wenn der Zwischenhandel ausgeschlossen bleibe. Nach erfolgter Aufklärung beruhigten sich die Schuhwarenhändler.

Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß die Mitwirkung städtischer Körperkassen im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit auf diese besondere Weise nicht immer so relativ einfach sein wird, wie in dem geschilderten Fall. Aber die Gemeinden dürfen auch nicht zurücktreten, in schwieriger liegenden Fällen das menckemögliche zu versuchen. Die vom Reich und den Gemeinden als Arbeitslosenunterstützungen gezahlten Summen sind doch wirklich, volkswirtschaftlich

Millerand über die deutschen Kredite.

Paris, 20. Juli. (Meldung des Holländisch Neuweltbureau.) Millerand erklärte bald nach seiner Rückkehr aus Spa in einer Unterredung mit Pressevertretern, die Würgschaften an Deutschland würden in 6 Monaten etwa 15 Millionen betragen. Frankreich, das von den 2 Millionen Tonnen Steinkohlen monatlich 600 000 Mt. erhalte, werde 61 v. H. dazu beitragen. Die Rückgabe dieser Würgschaften habe einen unbedingten Vorrang, sogar vor der Rückzahlung der Besatzungskosten. Da Deutschland aber bereits Zahlungen geleistet habe, welche höher seien als die jetzt zu gebenden Vorküsse, hätten die Alliierten ihr Geld sofortigen bereits zurückzahlen.

Bergarbeiterprotest gegen die Einmarschdrohung.

Hachen, 20. Juli. (T. U.) Eine Bezirkskonferenz der Bergleute, die gestern tagte, nahm zu dem Ergebnis der wirtschaftlichen Verhandlungen in Spa Stellung. Es wurde folgende Entschliessung angenommen: Die heutige Konferenz der gewerkschaftlich organisierten Bergleute im Kohlenrevier protestiert mit aller Schärfe gegen die immer wiederkehrende Androhung von militärischen Maßnahmen gegen die deutschen Arbeiter. Die Bergleute erkennen die Verpflichtung, die Kohlenlieferungsbedingungen des Versailler Friedensvertrages nach besten Kräften zu erfüllen, an. Wir sind aber nicht gewillt, uns als Arbeits-Sklaven behandeln zu lassen. Durch Drohung mit Zwangsmassnahmen wird die Arbeitsfreudigkeit nicht gehoben, sondern stark herabgedrückt. Die Folge ist eine weitere Verschärfung der Kohlennot. Die Drohung mit Zwangsmassregeln richtet sich nach der Lage der Dinge direkt gegen die Bergarbeiter. Man will uns die verfaulte Arbeitsfähigkeit nehmen und uns zwingen, in bedauerlich verlängerten Schichten zu schuften. Dagegen werden wir uns mit allen Kräften zur Wehre setzen. Zur freiwilligen Arbeit zur Linderung der Kohlennot sind wir bereit, wie wir auch durch die Tat bewiesen haben. Einem Zwang werden wir uns nicht fügen.

Stinnes und der Achtstundentag.

Ossen, 19. Juli. In einem an den Steiger Bernhardt gerichteten Schreiben hat Hugo Stinnes nach einer Mitteilung des Ossener Arbeitervereins der Telegraphen-Union auf die gegen ihn in der Ossener „Arbeiterzeitung“ gerichteten Angriffe u. a. folgendes erwidert:

Die Kohlenfachverständigen haben in Spa ausschließlich dafür gewirkt, daß die Zwangslieferungen an den Feindbund sich in solchen Grenzen halten, daß die Bergarbeiterschaft Deutschlands nicht vor die Alternative gestellt würde, entweder in einer für ihren Ernährungszustand ungeschicklichen Weise zu einer wesentlich veränderten Ueberarbeit herangezogen zu werden, oder aber bei Verweigerung einer Wehrarbeit die Verantwortung dafür zu tragen, daß Arbeitslosigkeit und Not in allen anderen Gewerben ein noch viel größeres Maß erreichen, als es zurzeit der Fall ist. Nach den Verhandlungen in der Sozialisierungskommission und im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichsmittelwirtschaftsrates in denen ich ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht habe, daß ich im Gegensatz zu vielen meiner Berufsgenossen

nicht auf dem Standpunkte stünde, daß in absehbarer Zeit die allgemeine Beseitigung des Achtstundentages als das Mittel gegen das Anhalten der jetzigen Notzustände zu betrachten sei, ist es von Ihnen unerhört, daß Sie dennoch von mir das Gegenteil behaupten. Richtig ist nur, daß ich für den Bergbau, die Landwirtschaft und das Transportgewerbe die Notwendigkeit vorübergehender Ueberarbeit als unerlässlich zur Beseitigung der jetzigen Zustände betrachte habe. Was Sie über eine in Paris zu errichtende französisch-deutsche Einkaufsgesellschaft unter sehr harter Beteiligung von mir sagen, ist entweder leichtfertige oder willkürlich falsche Darstellung. Denn es ist von vornherein bei jeder Gelegenheit — auch bei den Verhandlungen im Zehenderband — betont worden, daß auf deutscher Seite die Beteiligung nur bei den Gewerkschaften und dem Kohlenindustriat liegen könne.

Die Entrechtung des Saargebiets.

Saarbrücken, 19. Juli. Beim Direktorium des Wirtschaftspalastes traf heute eine Verordnung der Saargebietregierung ein, durch welche der am 14. Februar 1920 durch Verfügung des Generals Wirbel eingesezte Wirtschaftsrat für das Saargebiet aufgelöst wird. Die beim Wirtschaftsrat vorhandenen Mittel seien der Landeshauptkasse zu überweisen.

Die „Saarbrücker Landzeitung“ bemerkt zu dieser Maßnahme, die sich würdig an die französische Militärjustiz und an die Ernennung eines deutschfeindlichen Schweizer zum Präsidenten der Saargebietskammer anlehnt: Der Wirtschaftsrat hat in den fünf Monaten seiner Tätigkeit überaus segensreich gewirkt, er war das einzige Sprachrohr der Bevölkerung, eine Art wirtschafts-parlamentarische Vertretung. Die Nachricht wird nicht verfehlen, in weiteren Kreisen der Öffentlichkeit das größte Aufsehen hervorzurufen, um so mehr, als einflussvoll nicht bekannt ist, aus welchem Grunde die Auflösung erfolgte.

Rußland besetzt Armenien.

Teheran, 19. Juli. (Davas.) Da die armenische Regierung dem Ultimatum der Moskauer Regierung keine Folge gegeben hat, bekam die 11. bolschewistische Armee den Befehl, vorzurücken; sie hat bereits die Provinz Karabag besetzt. Das Ziel dieser Operationen ist die Vereinigung mit den nationalen Streitkräften Mustafa Kemal.

Da Armenien unter dem Protektorat des Völkerbundes steht und Mustafa Kemal mit der Entente Krieg führt, nimmt Sowjetrußland mit diesem militärischen Eingriff in die Verhältnisse Kleinasiens den offenen Kampf mit der Entente auf. Indem es die englische Intervention im Krieg mit Polen ablehnte, zeigte es ja schon, daß es sich hart genug fühlte, seine äußere Politik ohne Rücksicht auf den etwaigen Ausfall der englisch-russischen Wirtschaftsunterhandlungen zu führen. Vielleicht ist auch die sonst nur schwer verständliche angelegte Ernennung des russischen Generalkonsuls Komarow zum Führer der jetzt wieder in London eintreffenden Sowjetdelegation damit in Verbindung zu bringen.

Die Wahrung des Postgeheimnisses. Die Unabhängigen haben im Landtag eine Interpellation eingebracht, die dagegen Stellung nimmt, daß gegenüber Angehörigen ihrer Partei das Postgeheimnis durch Ueberhören von Telefongesprächen und Öffnen von Postsendungen verletzt werde.

sich bereit, mit ihm nach Stettin zu fahren, um die Pferde abzuholen. Von dieser Reise kehrt der Führer nicht wieder zurück. Frau Schneiderin schöpft Verdacht und sie erkundigte sich nach dem Begleiter ihres Mannes, dem Leutnant von Korow. Da stellte sie fest, daß dieser schon seit dem 17. wieder in Berlin eingetroffen war und mit seiner Geliebten wieder in dem gleichen Hotel wohnte. Jetzt machte sie die Kriminalpolizei auf das geheimnisvolle Verschwinden ihres Mannes aufmerksam. Diese entsandte Beamte nach dem Hotel, um Erfundigungen über den ehemaligen Politikum-Offizier einzuziehen. Sie erfuhren, daß dieser vor seiner Fahrt nach Stettin noch 1800 Mark Hotelschulden zu begleichen hatte, jetzt aber wieder im Besitz von Geldmitteln sei. Der Verdacht, daß er seinen Begleiter, den Führer Schneider, nach Stettin gelockt, ihn dort umgebracht und geraubt habe, wurde so stark, daß die Kriminalpolizei es für angebracht hielt, ihn und seine Geliebte festzunehmen und zum Verhör nach dem Polizeipräsidium zu bringen.

Im Laufe des Verhörs gestand der Verhaftete denn auch ein, daß er Schneider erlösen habe. Nach seiner Darstellung seien sie beide zunächst nach Stettin gefahren, um dort Pferde einzuhandeln. Das Geschäft sei jedoch nicht zustande gekommen und nun sei Schneider mit ihm auf seinen Vorschlag nach Hinzewalde gegangen. Er habe ihn dann vom Wege ab aber ein Gehöß von Heddendorf in die Buchenhaide geführt. In der Nähe der Mittelmühle habe ihm Schneider gedroht, daß er ihn totschlagen werde, wenn aus den Pferdegeschäften nichts werden würde. Als sie dann in der Heide gelagert hätten, um zu frühstücken, habe er seinen vom Pferdendienst mitgebrachten Revolver gezogen und den neben ihm liegenden Schneider mehrere Schüsse in den Kopf gejagt, so daß er tot zusammengebrochen sei. Zunächst behauptete er weiter, weggegangen zu sein, ohne sich um die Leiche zu kümmern. Dem aber gestand er auch ein, dem Ermordeten 1500 M. 8-tes Geld geraubt zu haben.

Die Gütersperre nach Ostpreußen ist am 16. Juli aufgehoben worden.

Ein Bisum nach Oberschlesien kostet nach einer Mitteilung des französischen Konsulats in Breslau nicht mehr 83,50 M., sondern nur noch 16,25 M. Der selbe Kurs (1 Fr. — 8,25 M.) gilt für Ursprungszugnisse.

Die polnische Telegraphenverwaltung hat bekannt gemacht, daß sie infolge der kriegerischen Ereignisse jede Verantwortung für Telegramme nach und aus Polen sowie für Durchgangstelegramme ablehnt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 20. Juli:
Jugendsocialistische Vereinigung. Die Arbeitsgemeinschaft (Genossenschaft) hält ein.

Morgen, 21. Juli:
Lembelhof. 8 Uhr bei Kufe, Werderstr. (Sängerheim): Frauenabend, Oberbürgermeister. 7 1/2 Uhr in der Aula, Friedrichstr.: Mitglieder-versammlung. 9 Uhr in der Aula, Friedrichstr.: Mitglieder- und Auswärtiger Ausschuss, welche bei den Mitgliedern Kostenlos zu haben sind.

Sport.

Ein deutscher Olympia-Dieger gestorben. Albert Zürner, der bedeutendste Hamburger Schwimmer, ist an den Folgen eines Sturzes verstorben. Zürner hat im Jahre 1900 die Weltmeisterschaft bei den Olympischen Spielen in London erlangt.

Gewerkschaftsbewegung
Schlußtagung des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen.

Die Statutenänderungskommission erläßt ihren Bericht und nach nochmaliger lebhafter Debatte werden folgende Beschlüsse gefaßt: Die Beitragsätze betragen nunmehr in der 1. Klasse bis 50 Mk. Wochensatz 1 Mk. Wochensatz; in der 2. Klasse von 50-100 Mk. Wochensatz 2 Mk. Wochensatz; in der 3. Klasse von 100-150 Mk. Wochensatz 3 Mk. Wochensatz; in der 4. Klasse über 150 Mk. Wochensatz 4 Mk. Wochensatz. Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung wurden ebenfalls ganz wesentlich erhöht und betragen nunmehr von 1,25 bis 4,50 Mk. pro Tag bei einer Dauer von 30 bis 60 Tagen. In Krankenunterstützung werden bei einer Dauer bis 30 Tagen 3,00 bis 12,00 Mk. pro Woche bezahlt. Die Streikunterstützung beträgt das 2-fache der Arbeitslosenunterstützung; hierzu kommt eine Kinderzulage pro Kind und Woche in der 1. Klasse 1 Mk. in der 2. Klasse 2 Mk. in der 3. Klasse 3 Mk. in der 4. Klasse 4 Mk. Sämtliche Unterstützungen werden nach Leistung von 52 Wochenbeiträgen gewährt.

Die von verschiedenen Jahrestellen beantragte Erbauung von Arbeiterwohnhäusern in der 1. Klasse 1 Mk. in der 2. Klasse 2 Mk. in der 3. Klasse 3 Mk. in der 4. Klasse 4 Mk. Sämtliche Unterstützungen werden nach Leistung von 52 Wochenbeiträgen gewährt.

Die von verschiedenen Jahrestellen beantragte Erbauung von Arbeiterwohnhäusern in der 1. Klasse 1 Mk. in der 2. Klasse 2 Mk. in der 3. Klasse 3 Mk. in der 4. Klasse 4 Mk. Sämtliche Unterstützungen werden nach Leistung von 52 Wochenbeiträgen gewährt.

Die von verschiedenen Jahrestellen beantragte Erbauung von Arbeiterwohnhäusern in der 1. Klasse 1 Mk. in der 2. Klasse 2 Mk. in der 3. Klasse 3 Mk. in der 4. Klasse 4 Mk. Sämtliche Unterstützungen werden nach Leistung von 52 Wochenbeiträgen gewährt.

Die von verschiedenen Jahrestellen beantragte Erbauung von Arbeiterwohnhäusern in der 1. Klasse 1 Mk. in der 2. Klasse 2 Mk. in der 3. Klasse 3 Mk. in der 4. Klasse 4 Mk. Sämtliche Unterstützungen werden nach Leistung von 52 Wochenbeiträgen gewährt.

Eine Konferenz des Bergarbeiterverbandes

für den Bezirk Thüringen-Harz-Kassel fand am Sonntag in Korbhausen statt. Die reichhaltige Tagesordnung umfaßt u. a. die Behandlung der allgemeinen Wirtschaftslage, des Siedlungswesen im Bergbau und die „Betriebsräte“. Die Behandlung des Siedlungswesens in der Kohlenindustrie seitens der Regierung und der Kohlenbesitzer wird für die Bergleute hervor. Trotz des Verlangens der Kohlenbesitzer habe die Regierung rein gar nichts getan. Ja, es scheint, als ob sie diese Angelegenheit direkt sabotiere. Dabei hätte es so, daß keine Industrie zur Behebung der Wohnungsnot sozial beitragen könnte, wie die Kohlenindustrie.

Die Konferenz erhebt von vornherein Einspruch gegen jedwede Preissteigerung.

Die Reichsregierung erlauben wir, dem Reichstag so schnell wie möglich den Entwurf zu einem Reichsberg- und Anwartschaftengesetz vorzulegen. Den Anwartschaftswesens sowie den Hinterbliebenen der Opfer des Bergbaus ist sofort Hilfe in ihrer bedrängten Lage zuzusichern.

Die Konferenz erhebt von vornherein Einspruch gegen jedwede Preissteigerung.

Die Konferenz erkennt an, daß die Bergarbeiterschaft in allen beruflichen und gewerkschaftlichen Angelegenheiten die Interessen der Mitglieder des Verbandes gewahrt hat und spricht ihr das Vertrauen aus.

Oberschlesische Betriebsrätewahl.

Nach einer Meldung aus Katowitz wurde bei der Wahl des Betriebsrats im Eisenbahndirektionsbezirk Katowitz 6811 gültige Stimmen abgegeben. Hieron entfielen auf die Polen 1834 Stimmen, so daß von zehn Betriebsräten zwei auf die polnische Vereinigung entfallen. Bei der Wahl der Betriebsratsmitglieder entfielen von 12541 gültigen Stimmen auf die Polen 2400. Die Polen erhalten somit zwei Sitze, während der deutsche Eisenbahnerverband acht Sitze bekommt.

Wohnungsausgleich für die Arbeitnehmervereine an Sitzungstagen.

Am 18. Juni veröffentlichte der Minister für Handel und Gewerbe, daß die Frage betreffend Befreiung der Besitzer der Schlichtungsausschüsse in dem Besonderen einer Schlichtungsordnung geregelt worden ist. Bis zum Inkrafttreten der Schlichtungsordnung müsse es bei den bisherigen Bestimmungen über die Befreiung der Besitzer in den Schlichtungsausschüssen sein. Jedoch will er, der Minister, sich zur Befreiung von Böden damit einverstanden erklären, daß den Besitzern beim Rückweis des Ausfalls eines das zukünftige Tagelohn übersteigenden Arbeitsverdienstes der Rückbeitrag aus Reichsmitteln erstattet wird.

ausfall des Arbeitnehmerbeitrages dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin zu überlassen.

Regierung erläßt nunmehr unter dem 15. Juli folgende Bekanntmachung:

Die Herren Arbeitgeber im Bereiche des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin werden gebeten, den in ihren Betrieben beschäftigten Arbeitern und Angestellten, die als Besitzer für den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin verpflichtet sind, auf der Rückseite der Beitragsurkunde 1. die übliche Arbeitszeit, 2. den durchschnittlichen Stundenverdienst zu bescheinigen.

Die Herren Arbeitnehmerbeiträge werden aufgefordert, sich rechtzeitig nach Erhalt einer Abgabe wegen obigen Angaben mit dem Arbeitgeber sofort in Verbindung zu setzen.

Die Herren Vorsitzenden der einzelnen Spruchkammern werden gebeten, die Höhe des Beitragsausfalls den solchen erleidenden Arbeitnehmerbeiträgern zu bescheinigen.

Angestellte des Holzgewerbes! Mittwoch, den 21. Juli, abends 7 1/2 Uhr, findet im Königstadt-Kasino, Holzmärktstr. 71/72, die 11. jährliche Versammlung der Angestellten der Holz- und Möbeldindustrie, des Möbeldreihandels und der Tischlerhandwerk, die die Verbindungsvereine der erkrankten Mitglieder ablehnt. Sprechen werden die Kollegen Kaubeder, Reder und Silbermann. Erscheinen der gesamten Angestellten des Holzgewerbes ist Pflicht. Wla, Crispinstraße Groß-Berlin, Hietau, Reimsberg.

Kommunistenfabrik, H. O. Oberländer. Mittwoch, Sonntag, Sonntag 9 Uhr im Specksaal: Versammlung der wegen Stromausfall ausbleibenden Kollegen und Kolleginnen. Der Arbeiterrat.

Wirtschaft

Wo ist der richtige Preis?

In der Landwirtschaftskammer tagte unter dem Vorsitz des Vordirektors Grobber ein Ausschuß von Oberbergern, Groß- und Kleinhandlern und Verbauchern. Die Verteilung der Erzeugnisse und die Höhe der Preise werden besprochen. Die Verteilung der Erzeugnisse und die Höhe der Preise werden besprochen.

Die Konferenz erhebt von vornherein Einspruch gegen jedwede Preissteigerung.

Die Konferenz erhebt von vornherein Einspruch gegen jedwede Preissteigerung.

Die Konferenz erhebt von vornherein Einspruch gegen jedwede Preissteigerung.

Die Konferenz erhebt von vornherein Einspruch gegen jedwede Preissteigerung.

Die Konferenz erhebt von vornherein Einspruch gegen jedwede Preissteigerung.

Die Konferenz erhebt von vornherein Einspruch gegen jedwede Preissteigerung.

Die Konferenz erhebt von vornherein Einspruch gegen jedwede Preissteigerung.

Elektro-Motore
Leistungs-Verhältnisse, volle Leistungsfähigkeit, geringe Verluste, geringe Kosten.
Kasten- Leiterwagen
Nordflug, Wilhelmstrasse 42a.
Verkäufe
Beste Industriemaschinen, Automaten, Nähmaschinen, Nähmaschinen, Nähmaschinen, Nähmaschinen.

Verkauf und Remission
Wahlb. Buchhandlung, Wilhelmstr. 11.
Verkauf und Remission, Wilhelmstr. 11.
Fahrräder
Beste Industriemaschinen, Automaten, Nähmaschinen, Nähmaschinen, Nähmaschinen, Nähmaschinen.

Möbel
Eisenmöbel, Stühle, Tische, Bettstellen.
Musikinstrumente
Klavier, Harmonika, Gitarre, Flügel.
Verkauf
Beste Industriemaschinen, Automaten, Nähmaschinen, Nähmaschinen, Nähmaschinen, Nähmaschinen.

Verkauf
Beste Industriemaschinen, Automaten, Nähmaschinen, Nähmaschinen, Nähmaschinen, Nähmaschinen.

Verkauf
Beste Industriemaschinen, Automaten, Nähmaschinen, Nähmaschinen, Nähmaschinen, Nähmaschinen.

Verkauf
Beste Industriemaschinen, Automaten, Nähmaschinen, Nähmaschinen, Nähmaschinen, Nähmaschinen.

Verkauf
Beste Industriemaschinen, Automaten, Nähmaschinen, Nähmaschinen, Nähmaschinen, Nähmaschinen.

Verkauf
Beste Industriemaschinen, Automaten, Nähmaschinen, Nähmaschinen, Nähmaschinen, Nähmaschinen.